

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.12.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal  
**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:26 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Ute Haupt	Die LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Manfred Czock	CDU – SKE
Frau Petra Thomczyk-Radji	CDU – SKE
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Annette Wunderlich	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM – SKE
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Jeanette Drygalla	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – SKE
Frau Katja Raab	FDP - Vertretung für Herrn Manfred Schuster
Frau Brigitte Thieme	FDP - SKE
Herr Christian Weinert	SKE

Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Heike Schmied	Bereichsleiterin Jobcenter Halle

Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter – Vertreter für Herrn Tobias Kogge
Herr Hans-Günter Schneller	Amtsleiter Sozialamt
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität – vertreten durch Frau Katja Raab
Frau Ute Borchert	DIE LINKE - SKE
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter- vertreten durch Herrn Dr. Bernd Wiegand
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Ute Haupt, informierte, dass **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sich krankheitsbedingt entschuldigte und durch

**Herrn Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, heute im Ausschuss vertreten wird.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, informiert über den krankheitsbedingten Ausfall von Frau Kerner- Protokollantin und stellt Herrn Kräupziger als heutigen Protokollant zur Wahl.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, gab das Wort an Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV. Frau Andrea Simon informierte über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9.3 zur Berichterstattung zum Stand der Umsetzung des „Leitbildes der kulturellen Vielfalt der Stadt Halle“, da die Beauftragte für Integration **und Migration**, an der heutigen Ausschusssitzung nicht teilnehmen kann. **Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung bestätigt.**

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.10.2011**

---

Die Niederschrift vom 20.10.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

## **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

Zur Sitzung lagen keine Beschlussvorlagen vor.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Zur Sitzung lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Zur Sitzung lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

## zu 7 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

---

„Frau **Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte zu diesem TOP **Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, sowie **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**.

**Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, informierte über den aktuellen Kreisreport, der den anwesenden Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde.

Im Berichtsmonat November ist gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen. Einen leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen gab es ebenfalls bei den 15 bis 25-Jährigen. In der Personengruppe 50 bis 65 Jahre musste ein leichter Anstieg verzeichnet werden.

**Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, informierte die Anwesenden, dass das Projekt „Jahresringe“ seit 2005 die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe mit Erfolg senken konnte.

Im Bereich „Bürgerarbeit“ konnten 961 Plätze bewilligt werden. 25 Plätze sind noch unbesetzt. Diese offenen Plätze sollen bis Ende Dezember 2011 jedoch im einstelligen Bereich liegen.

Über die Zahlen bei Bildung und Teilhabe informierte nun **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**.

Im Rechtskreis SGB II gingen insgesamt 13.674 Anträge für Leistungen über Bildung und Teilhabe ein. Davon konnten durch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter bisher 12.346 durch Bewilligungen (10.623), Ablehnungen (1008) Versagungen (598) und Verzichtserklärungen (117) erledigt werden.

## zu 8 Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe

---

„Frau **Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, übergab das Wort an **Frau Andrea Simon, Führungsunterstützerin SGB II Dezernat IV**, die über den Stand von Bildung und Teilhabe aus allen Rechtskreisen (SGB II, SGB XII sowie Wohngeld/Kinderzuschlag-Berechtigte) berichtete. Hierbei wurde den Ausschussmitgliedern Zahlenmaterial (Stand: 30.11.2011) zur Verfügung gestellt.

Anträge liegen für 8.612 anspruchsberechtigte Kinder vor. Damit haben etwa 72 Prozent aller Anspruchsberechtigten bis zum 30.11.2011 einen Antrag gestellt.

Eine Umfrage des Deutschen Städtetages zum 15.10.2011 an der sich 91 kreisfreie Städte beteiligt haben, weist aus, dass ca. 45 Prozent der Anspruchsberechtigten einen Antrag gestellt. Die Stadt Halle (Saale) lag zu diesem Zeitpunkt bei 67 Prozent, also deutlich über dem Schnitt.

Die Schwerpunkte der Antragstellung in der Stadt Halle entsprechen der bundesweiten Entwicklung.

Durch die befragten Kommunen wurden kritisch hervorgehoben, der weiterhin bestehende bürokratische Aufwand, wenig Möglichkeiten der Kostenerstattung sowie das geringe Interesse der Leistungsanbieter.

Trotz intensiver und vorbildlicher Bemühungen sind derzeit - bezogen auf alle Rechtskreise - 4.432 Anträge noch nicht bearbeitet worden.

Verzögerungen ergeben sich durch:

- inhaltliche Abklärungen zwischen Kommune und Land
- nicht exakte Antragstellung
- fehlende Nachweise

Die Nachfrage an Leistungen für Bildung und Teilhabe ist wie folgt gestaffelt:

- gemeinschaftliche Mittagsverpflegung	9.818 Anträge
- Klassenfahrten/Tagesausflüge	4.135 Anträge
- Freizeit	2.935 Anträge
- zusätzliche angemessene Lernförderung	401 Anträge

Im Freizeitbereich konnten überwiegen die Anträge für den Sportbereich festgestellt werden. Gut nachgefragt ist hierbei der Kampfsport, weniger Anträge liegen im kulturell-musischen Bereich vor.

Die Einnahmen für Bildung und Teilhabe liegen den Ausschussmitgliedern vor. Sie werden monatlich auf der Basis „Ausgabe der Kosten der Unterkunft“ neu erhoben und gewährt.

Die Ausgaben liegen derzeit bei 1,1 Mill € - ohne Schulsozialarbeit und Mittagessen an Horten.

Konkrete Schwerpunkte bei der Umsetzung für Bildung und Teilhabe für die nächsten Wochen sind:

- Aushandlung und Abstimmung mit dem Land zum Verfahren der Abrechnung Mittagessen, um eine Verwaltungsvereinfachung zu erreichen (Stichwort: Pauschalfinanzierung)
- Einführung einer einheitlichen Fachanwendung für Bildung und Teilhabe in allen Rechtskreisen
- Verständigung auf Landesebene zur Problematik Personal
- Schulsozialarbeit ab 2012 (erste Beratung mit Trägern soll dazu am 16.12.2011 stattfinden)

Eine erste Abstimmung mit der Netzwerkstelle Schulsozialarbeit – ESF Programm „Schulerfolg sichern“ hat stattgefunden. Ein Schulungstermin wurde für den 20.12.2011 vereinbart. Regelmäßige Abstimmungen mit dem Jobcenter werden auch in 2012 fortgesetzt. Die nächste statistische Erhebung des Deutschen Städtetages wird im April 2012 erfolgen.

Frau **Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, ließ anschließend Nachfragen zum Bericht zu:

**Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, wollte gerne eine konkrete Zahl über die Teilhabe im Bereich der Vereine wissen und fragte zudem an, ob im Bereich der Lernförderung viele Anträge abgelehnt worden oder ob wirklich so wenige Anträge diesbezüglich eingegangen sind?

**Frau Andrea Simon, Führungsunterstützerin SGB II Dezernat IV** teilte mit, dass bedingt durch die Zugangsvoraussetzungen im Bereich der zusätzlichen und angemessenen Lernförderung bisher wenige Anträge gestellt worden sind.

**Frau Sabine Wolff, Fraktion MITBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, sagte, dass es in Berlin niedrigschwellige Zugangsvoraussetzungen für die Nachhilfe (Lernförderung) gibt. Sie findet, dass in Halle die hohen Hürden für die Lernförderung abgebaut werden sollen.

**Frau Andrea Simon, Führungsunterstützerin SGB II Dezernat IV**, ist das Hamburger Modell mit vereinfachten Voraussetzungen bekannt. Sie führt fort, dass eine klare Regelung im Bundesgesetz existiert und alle daran gebunden sind, deshalb wird in Halle eine Vereinfachung in diesem Zusammenhang nicht gesehen.

## zu 9      **Mitteilungen**

---

### zu 9.1      **Berichterstattung zum Stand Kosten der Unterkunft**

---

**Herr Hans-Günter Schneller, Amtsleiter Sozialamt** informiert über die Entwicklung der Ausgaben für die Kosten der Unterkunft.

Ausgabe 2009	73.628.721 €
2010	72.684.817 €
voraussichtliche Ausgabe 2011	73.500.000 €

Er führt aus, dass für 2012 mit einem Anstieg um ca. 1 Mio. € zu rechnen ist, da verschiedene gesetzliche Änderungen wirksam werden. So werden die Regelbedarfe angehoben, durch die Umsetzung der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente laufen Stellen aus, weiter wurden die Einkommensgrenzen für Mini-Jobs erhöht.

Weiter teilt Herr Schneller mit, dass ein Unternehmen nach Ausschreibung gebunden sei mit dem Ziel, ein schlüssiges Konzept für Mietobergrenzen im Rahmen der KdU zu erarbeiten. Die bisher gültigen Mietobergrenzen haben sich als nicht gerichtsfest erwiesen, und führen zunehmend zu einer Entscheidungspraxis der Sozialgerichte, die auf der Wohngeldtabelle beruht. Daher entstehen Mehrkosten.

**Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wollte wissen, welche Auswirkung die Einführung der KdU - Tabelle hat und erinnerte an die zugesagten schriftlichen Informationen zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft. Sie wünscht eine schriftliche Auswertung.

### zu 9.2      **Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Januar bis September 2011** **Vorlage: V/2011/10108**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erteilte **Herrn Wendler, Ressortleiter Stadtplanungsamt**, das Wort.

2008 wurde das Quartiersmanagement erneut ausgeschrieben. 2011 befindet sich die Einrichtung im letzten Teil des Ausschreibungszeitraumes. Bisher konnte noch keine weitere Ausschreibung gemacht werden. Weiteres soll im nicht öffentlichen Teil der Sitzung erörtert werden.

Die Stadt Halle (Saale) betraute das Quartiersmanagement mit folgenden Aufgaben als Schwerpunkt:

- Unterhaltung des Büros in der Pustebblume mit regelmäßigen Sprechstunden für die Bürger
- Öffentlichkeitsarbeit
- Akquise von Fördermitteln

**Herr Wendler** betonte, dass durch den versagten Haushalt der Stadt Halle (Saale) zahlreiche Maßnahmen und Projekte verstärkt nicht umgesetzt werden konnten. Für die umgesetzten Projekte verwies er auf die Informationsvorlage.

**Herr Wendler** übergab das Wort an **Frau Ackermann**, die als Vertretung für **Frau Jana Kirsch** nähere Ausführungen zum Quartiersmanagement vornehmen möchte.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung für das Rederecht für **Frau Ackermann**.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt**

**Frau Ackermann** informierte über einige Beispiele aus der Arbeit des Quartiersmanagements. Hierbei hob sie unter anderem die Vernetzungsarbeit mit anderen Vereinen im Quartier hervor, um Angebote für Jugendliche zu schaffen. Als Beispiel nannte sie in diesem Zusammenhang die Familienmesse, die diesmal am Rollmops-Skatepark zur GWG-Summer-Session stattfand.

Das Quartiersmanagement unterstützt im Hinblick auf Entwicklung und Förderung verschiedene Projekte, um Veranstaltungen umzusetzen. Beispiel hierfür ist unter anderem die Aktion „Gesund durchs Leben“,

Insgesamt wurden 61.800 € Fördergelder eingeworben.

Im Rahmen der Beteiligungsmöglichkeit im Stadtteil konnte das Quartiersmanagement im Jahr 2011 die Zusammenarbeit mit dem Christian-Wolff-Gymnasium und der Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ verstärken. So gab es beispielsweise gegenseitige Verlinkungen auf den Schulhomepages.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, gab die Möglichkeit Nachfragen zur Mitteilung über das Quartiersmanagement zu stellen. Nachfragen dazu gab es jedoch keine.

**Herr Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, informierte unter dem TOP Mitteilungen, dass der Bericht zur Psychiatrieplanung abgeschlossen sei und im Januar 2012 zur Besprechung vorliegt. Ebenso zur Beratung kommt der Bericht des Koordinierungskreises „Netzwerk gegen Drogen“. Der Weltaidstag am 01.12.2011 im Cinemaxx, eine Aktion unter der Federführung der Stadt Halle (Saale) und dem Saalekreis wurde gut angenommen. Es sei eine gelungene Veranstaltung gewesen, sagte **Herr Dr. Bernd Wiegand**.

**Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter**, informierte zur Veranstaltung anlässlich des UNO-Welttages für Menschen mit Behinderungen, in deren Mittelpunkt in diesem Jahr das Thema Barrierefreiheit stand. Barrierefreiheit wurde aus dem Blickwinkel verschiedener Behinderungsarten (körperlich, seh- hör- und sprachbehindert) untersucht.

Die teilnehmenden Interessenvertretungen behinderter Menschen formulierten einen Forderungskatalog, mit der Bitte um kurz- bzw. mittelfristige Umsetzung durch die Stadtverwaltung bzw. die Verkehrsbetriebe. Der Forderungskatalog liegt der Niederschrift bei.

Zudem gibt **Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter**, einen Forderungskatalog des behindertenpolitischen Forums des Landes Sachsen-Anhalt vom 26.10.11 den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis. Das Thema des Forums bei der AOK Sachsen-Anhalt lautete: UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen-Anhalt: Hoffnungen – Chancen – Illusionen. Ein Schwerpunkt der Veranstaltung war zudem das Thema „Behindert Kranksein“, wobei es um die Zugänglichkeit von Arztpraxen und die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum ging. Der Forderungskatalog der Forumsteilnehmer liegt der Niederschrift bei.

**Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach, ob Berufs- und Sekundarschulen behindertengerecht zugänglich sind?

**Herr Dr. Toralf Fischer** teilt mit, dass das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ im Bereich des aufzubauenden inklusiven Bildungssystems (Art. 24) noch keinen Niederschlag in der Landespolitik gefunden hat, zumindest gibt es in dieser Hinsicht keine Änderungen am gegliederten System mit dem Bestandteil der Förderschulen. **Herr Dr. Toralf Fischer** bemängelte die vor Jahren grundhaften sanierten PPP-Schulen. Diese wurden weder barrierefrei geplant bzw. gebaut. Prinzipiell gilt bei jetzigen Vorhaben: Es wird dafür gesorgt, dass in allen Schulformen barrierefreie Schulgebäude hergestellt werden. Was die inhaltliche Umsetzung der inklusiven Bildung betrifft, muss die Landesvorgabe abgewartet werden.

**Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wollte wissen, ob bei Vorlagen zu Baumaßnahmen Vermerke zur Barrierefreiheit existieren.

Laut **Herrn Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter**, werden bei Verkehrsprojekten diese Vermerke in den Vorlagen künftig in Form einer Prüfliste (Checkliste) zum barrierefreien Planen und Bauen geführt. Beim Zentralen Gebäude Management wird erst im kommenden Jahr eine solche Liste erarbeitet.

**Frau Petra Tomczyk-Radji, CDU-Fraktion**, fragte an, ob Herrn Dr. Fischer die Aktionswoche der Arbeitsagentur für Menschen mit Behinderungen und entsprechende Veranstaltungen bekannt sind. **Herrn Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, verweist auf den Arbeitgeber-Sondernewsletter zur Woche der Menschen mit Behinderungen, für den er auf Bitte der Agentur ein Grußwort geschrieben hat. Veranstaltungen der Agentur und des Jobcenters zum Thema sind ihm nicht bekannt. Unter [www.ba-arbeitgebernews.de](http://www.ba-arbeitgebernews.de) sind Informationen nachzulesen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte über die Wahl zum Seniorenrat.** Die satzungsgemäße Vollversammlung der Stadt seniorenvertretung wählte in der 45. Kalenderwoche **Herrn Norwin Dorn** abermals zum Vorsitzenden des Seniorenrates. **Frau Ute Haupt** ließ über das Rederecht von **Herrn Norwin Dorn** abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

**Herr Norwin Dorn** betonte in seinen Ausführungen, dass er auch weiterhin für die älteren Mitbürger da sein möchte. Dabei will er unter anderem Verbindungen knüpfen, um Veranstaltungen zu organisieren.

Des Weiteren informierte er über die Vergabe des Zertifikates an seniorenfreundliche Firmen. 35 Apotheken haben sich beworben, davon konnten 30 ausgezeichnet werden.

Weitere Mitteilungen lagen nicht vor.

## zu 10      **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Frau Sabine Wolff, Fraktion NEUES FORUM**, fragte aufgrund einer Verärgerung in ihrer Fraktion nach, ob Fragen künftig schriftlich oder auf kurzem Wege geklärt werden.

**Herr Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, erläuterte, dass Fragen im allgemeinen politischen Interesse schriftlich zu stellen sind; Die Stadträte haben ein Auskunftsrecht. Ausnahmsweise können Anfragen, die nicht im allgemeinen Interesse liegen wie beispielsweise eine Statistik, mündlich direkt an Mitarbeiter der Stadtverwaltung gestellt werden. Der zuständige Beigeordnete gibt dann die Auskunft. Der Dienstweg bleibt gewahrt.

Die **Vorsitzende des Ausschusses, Frau Ute Haupt**, wollte wissen, ob der Weihnachtsmarkt im Bezug auf die Barrierefreiheit abgenommen wurde, da ihr Mängel von betroffenen behinderten BürgerInnen angezeigt wurden.

Laut **Herrn Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter**, wurde beim gemeinsamen Rundgang mit dem Vorsitzenden des Veranstaltungsservices ein Rundgang über den Weihnachtsmarkt durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass Kabelmatten verrutschen und dadurch den behinderten Mitbürgern Schwierigkeiten bereiten.

Vom Veranstaltungsservice wurde zugesagt, sich um die Problematik zu kümmern und täglich dafür zu sorgen, die Kabelbrücken glatt zu ziehen. Des Weiteren musste festgestellt werden, dass die unterirdische Elektroversorgung für alle Veranstaltungen ausreiche, jedoch nicht für den Weihnachtsmarkt. Hier soll im nächsten Jahr eine Anpassung bei den überirdischen Elektroleitungen erfolgen. Außerdem soll bei den Ausschreibungen unter anderem auf höhenverstellbare Tische geachtet werden.

Im Bezug auf den Weihnachtsmarkt merkte **Frau Sabine Wolff, Fraktion NEUES FORUM** an, dass es keinerlei Stände mit Aschenbechern gibt. Hier muss Abhilfe geschaffen werden, so **Frau Sabine Wolff**.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses und Frau Sabine Wolff, Fraktion NEUES FORUM**, fragen nach dem Stand der ausgezahlten Fördermittel.

**Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt**, sagte dazu, dass im pflichtigen Bereich 91% der geplanten Mittel und im freiwilligen Bereich rund 49% ausgezahlt wurden.

**Frau Sabine Wolff, Fraktion NEUES FORUM**, wollte außerdem den genauen Rechnungsschluss für die Verwaltung wissen.

**Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt**, sagte, dass der Rechnungsschluss für die Verwaltung am 20.12. ist.

---

## zu 11      Anregungen

---

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte über eine Email vom Bürger Helmut Gobsch aus Halle (Saale). **Herr Gobsch** bemängelte, dass der „grüne Haken für Verbraucherfreundlichkeit“ bei Pflegeheimen nur in 7 von 40 Fällen vorliegt. **Frau Ute Haupt** regte an, bei Ortsbegehungen in den Pflegeheimen über dieses Zertifikat zu informieren.

Für die Richtigkeit:  
Datum: 15.12.2011

---

Denis Kräupziger  
Protokollführer

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende